
S 212 SO 231/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Sozialhilfe - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - einmaliger Bedarf - Wohnungserstausstattung - Anschaffung einer neuen Waschmaschine - Ersatzbeschaffung - ergänzendes Darlehen - Verfassungsmäßigkeit
Leitsätze	1. Ein Zuschuss für die Anschaffung von langlebigen Haushaltsgeräten („weiße Ware“) kommt nur bei Erstausstattung, nicht bei Ersatzbeschaffung in Betracht. 2. In der Sozialhilfe ist die Gewährung eines ergänzenden Darlehens zur Bedarfsdeckung verfassungsrechtlich unbedenklich, weil bei Festlegung der Rückzahlungsmodalitäten ausreichende Spielräume für Härtefälle bestehen.
Normenkette	SGB XII § 41 Abs 1 ; SGB XII § 41 Abs 3 ; SGB XII § 42 Nr 2 ; SGB XII § 31 Abs 1 Nr 1 ; SGB XII § 37 Abs 1 ; SGB XII § 37 Abs 4 S 1 ; GG Art 1 Abs 1 ; GG Art 20 Abs 1
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 212 SO 231/16
Datum	21.07.2017
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 15 SO 236/17
Datum	23.03.2021
3. Instanz	
Datum	19.05.2022

Die Revision der KlÄgerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 23.Ä März 2021 wird zurÄckgewiesen.

AuÄgergerichtliche Kosten sind auch fÄr das Revisionsverfahren nicht zu erstatten.

Ä

G r Ä n d e :

I

Ä

1

Im Streit ist ein Zuschuss fÄr die Anschaffung einer Waschmaschine in HÄhe von (noch) 99,90Ä Euro.

Ä

2

Die alleinstehende KlÄgerin bezog Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch âÄ Grundsicherung fÄr ArbeitsuchendeÄ âÄ (SGBÄ II). 2015 gewÄhrte ihr die Deutsche Rentenversicherung (DRV) Berlin-Brandenburg rÄckwirkend ab 1.1.2014 eine Rente wegen voller Erwerbsminderung bis zum Erreichen der Altersgrenze 2017; seit dem 1.8.2015 erhÄlt sie vom Beklagten ergÄnzend Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Grundsicherungsleistungen) nach dem Vierten Kapitel des Sozialgesetzbuchs ZwÄlftes Buch âÄ SozialhilfeÄ âÄ (SGBÄ XII).

Ä

3

Im Rahmen eines Umzugs um den Jahreswechsel 2011/2012 entsorgte die KlÄgerin ihre alte, nicht mehr funktionstÄchtige Waschmaschine und wusch die WÄsche seitdem mit der Hand, gelegentlich in einem Waschsalon. Im Herbst 2015 machte sie beim Beklagten erfolglos geltend, ihr sei nach Verschlechterung des Gesundheitszustands ein Zuschuss fÄr die Anschaffung einer Waschmaschine zu gewÄhren (*Bescheid vom 11.11.2015; Widerspruchsbescheid unter Beteiligung sozial erfahrener Dritter vom 27.1.2016*).

Ä

4

Die hiergegen gerichtete Klage hat die Klägerin während des Berufungsverfahrens auf einen Betrag von 99,90 Euro begrenzt, nachdem sie eine Waschmaschine zum Preis von 299 Euro erworben und dabei verschiedene Gutscheine eingesetzt hatte. Die Klage hat keinen Erfolg gehabt (*Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 21.7.2017; Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 23.3.2021*). Zur Begründung seiner Entscheidung hat das LSG ausgeführt, ein Anspruch auf Leistungen für Wohnungserstaussstattung bestehe nicht. Es handele sich um einen Erhaltungs- bzw Ersatzbedarf der gesetzgeberischen Konzeption, durch den der im Regelbedarf enthaltene Ansbetrag auch dann abgedeckt werden müsse, wenn es sich um größere Anschaffungen handle. Die Gerichte seien im übrigen nicht befugt, weitergehende Anspruchsnormen zu schaffen, die nicht im Gesetz vorgesehen seien.

Ä

5

Mit ihrer Revision rügt die Klägerin eine Verletzung von [Art 31 Abs 1 Nr 1 SGB XII](#). Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) habe hinsichtlich langlebiger existenznotwendiger Gebrauchsgüter (sog „weiche Ware“) auf die Möglichkeit einer verfassungskonformen Auslegung und der Gewährung eines Zuschusses hingewiesen, um ggf einer Unterdeckung der Regelbedarfe zu begegnen. Im Wege einer verfassungskonformen Auslegung müssten auch Ersatzbeschaffungen der im Regelsatz nicht realitätsgerecht abgebildeten Kosten langlebiger Gebrauchsgüter über [Art 31 Abs 1 Nr 1 SGB XII](#) möglich sein oder ein Rechtsanspruch auf ein im Ergebnis nicht rückzahlbares Anschaffungsdarlehen nach [Art 37 SGB XII](#) bestehen. Zur weiteren Begründung hat sie ein Kurzgutachten von L vom 30.9.2021 sowie eine Stellungnahme und ein Kurzgutachten von B vom 29.10.2021 bzw vom 9.5.2022 vorgelegt.

Ä

6

Die Klägerin beantragt,
die Urteile des Sozialgerichts Berlin vom 21. Juli 2017 und des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 23. März 2021 sowie den Bescheid des Beklagten vom 11. November 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27. Januar 2016 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, ihr 99,90 Euro zu zahlen.

Ä

7

Der Beklagte beantragt,
die Revision zurückzuweisen.

Â

8

Er hält die angegriffenen Entscheidungen für zutreffend.

Â

II

Â

9

Die zulässige Revision ist nicht begründet ([Â§ 170 Abs 1 Satz 1 Sozialgerichtsgesetz](#)). Zu Recht hat das LSG entschieden, dass die Klägerin keinen Anspruch auf den begehrten einmaligen Zuschuss hat. Der angefochtene Bescheid des Beklagten ist rechtmäßig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten.

Â

10

Gegenstand des Verfahrens ist der Bescheid vom 11.11.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27.1.2016 ([Â§ 95 SGG](#)), mit dem der Beklagte es abgelehnt hat, der Klägerin den beantragten Zuschuss (*im Sinne einer nicht zurückzahlenden Leistung, vgl BSG vom 9.12.2016 â B 8 SO 15/15 R - SozR 4-3500 Â§ 90 Nr 8 RdNr 1*) für Wohnungserstausstattung zu gewähren. Der Anspruch auf Leistungen zur Deckung von Wohnbedarfen in Form eines einmaligen Zuschusses ist im Sinne eines eigenständigen Streitgegenstands abtrennbar (*vgl zur Abtrennbarkeit des Streitgegenstands von den laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nur Bundessozialgericht vom 19.5.2009 â B 8 SO 8/08 R - BSGE 103, 181 = SozR 4-3500 Â§ 42 Nr 2, RdNr 14; BSG vom 9.6.2011 â B 8 SO 3/10 R - RdNr 9*). Ihr Begehren verfolgt die Klägerin zu Recht mit der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage ([Â§ 54 Abs 4 SGG](#)) gerichtet auf die Zahlung von (noch) 99,90 Euro, weil sich der Anspruch von vornherein auf eine Geldleistung richtet ([Â§ 10 Abs 3 SGB XII](#)).

Â

11

Der angefochtene Bescheid ist formell rechtmäßig. Der Beklagte ist sachlich ([Â§ 46b SGB XII](#) in der Normfassung des Gesetzes zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 20.12.2012 [iVm Â§ 2 Abs 1 des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch Berlin in der Normfassung vom 7.9.2005](#)) und auf Grundlage des vom LSG festgestellten tatsächlichen

Aufenthalts der KIÄrgerin im Stadtgebiet B Ärtlich ([Ä§Ä 98 AbsÄ 1 SGBÄ XII](#) iVm [Ä§Ä 1 AbsÄ 1 AG-SGBÄ XII](#)) zustÄndig fÄ¼r die begehrte Leistung.

Ä

12

Der angefochtene Bescheid ist auch materiell rechtmÄig.

Ä

13

Ein Anspruch nach [Ä§Ä 42 NrÄ 2, 31 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ XII](#) (in der bis 31.12.2015 geltenden Normfassung des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und ZwÄlften Buches Sozialgesetzbuch vom 24.3.2011, [BGBlÄ I 453](#)) besteht nicht. Danach werden Leistungen fÄ¼r Erstausstattungen fÄ¼r die Wohnung einschlieÄlich HaushaltsgerÄten gesondert, dh neben dem Regelsatz ([Ä§Ä 42 NrÄ 1 SGBÄ XII](#) iVm der Anlage zu [Ä§Ä 28 SGBÄ XII](#)), erbracht. Die nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG hilfebedÄrftige und unabhÄngig von der Arbeitsmarktlage und ohne Aussicht auf Besserung des LeistungsvermÄgens dauerhaft voll erwerbsgeminderte, alleinstehende KIÄrgerin war leistungsberechtigt nach dem Vierten Kapitel des SGBÄ XII ([Ä§Ä 19 AbsÄ 2, Ä§Ä 41Ä ff SGBÄ XII](#); zur fehlenden Bindungswirkung der Bescheide des RentenversicherungstrÄgers im Gerichtsverfahren und der Erforderlichkeit gerichtlicher Feststellungen zur Erwerbsminderung vgl nur BSG vom 23.3.2010 âÄÄ [BÄ 8Ä SO 17/09Ä RÄ](#) âÄÄ [BSGE 106, 62](#) =Ä SozR 4âÄÄ 3500 ÄÄÄ 82 NrÄ 6, RdNrÄ 16; BSG vom 25.4.2013 âÄÄ [BÄ 8Ä SO 21/11Ä RÄ](#) âÄÄ SozR 4âÄÄ 3500 ÄÄÄ 43 NrÄ 3 RdNrÄ 15). Zu den berÄcksichtigungsfÄhigen Bedarfen rechnen auch die zusÄtzlichen Bedarfe nach dem Zweiten Abschnitt des Dritten Kapitels ([Ä§Ä 42 NrÄ 2](#) iVm [Ä§Ä 31 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ XII](#)).

Ä

14

FÄ¼r die GewÄhrung eines Zuschusses fÄ¼r die Ersatzbeschaffung eines HaushaltsgerÄts, das verschleiÄbedingt nicht mehr gebrauchstÄchtig ist, bietet [Ä§Ä 31 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ XII](#) aber keine Rechtsgrundlage. Die GewÄhrung eines Zuschusses fÄ¼r die Anschaffung von HaushaltsgerÄten kommt nur in Betracht, wenn es sich um einen Fall der Erstausstattung handelt (vgl zuletzt BSG vom 16.2.2022 âÄÄ [BÄ 8Ä SO 14/20Ä RÄ](#) âÄÄ RdNrÄ 15 fÄ¼r SozRÄ 4 vorgesehen mwN). An dieser Rechtsprechung hÄlt der Senat auch unter BerÄcksichtigung der Argumentation der KIÄrgerin fest.

Ä

15

Leistungen nach [Â§Â 31 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ XII](#) fÃ¼r Wohnungserstaussstattung kÃ¶nnen zwar auch fÃ¼r einen erneuten Bedarfsanfall (Ersatzbeschaffung) als Wohnungserstaussstattung gewÃ¤hrt werden. Nach den bindenden, von der KlÃ¤gerin nicht mit VerfahrensrÃ¼gen abgegriffenen Feststellungen des LSG ([Â§Â 163 SGG](#)) wurde der Untergang der alten Waschmaschine der KlÃ¤gerin und damit der Ersetzungsbedarf vorliegend aber durch Abnutzung Ã¼ber einen lÃ¤ngeren Zeitraum ausgelÃ¶st. Damit fehlt es an einer erheblichen vom durchschnittlichen Bedarf abweichenden speziellen Bedarfslage, die fÃ¼r einen Anspruch auf Wohnungserstaussstattung in FÃ¤llen der Ersatzbeschaffung Voraussetzung wÃ¤re (vgl BSG vom 6.8.2014 âÂ [BÂ 4Â AS 57/13Â RÂ](#) â SozR 4â4200 Â§Â 23 NrÂ 18 RdNrÂ 16Â f).

Â

16

Daran Ã¤ndert der Umstand nichts, dass die KlÃ¤gerin den abnutzungs- und verschleiÃbedingten Verlust der Waschmaschine zunÃ¤chst selbst kompensiert hat; denn der Bedarf ist nicht erst entstanden, als die KlÃ¤gerin zu einer Kompensation des Defekts der Waschmaschine aus gesundheitlichen GrÃ¼nden nicht mehr in der Lage war. Der Anspruch auf Leistungen der Erstaussstattung ist des [Â§Â 31 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ XII](#) entfÃ¤llt zwar alleine durch Zeitablauf nicht, solange ein ungedeckter Bedarf besteht. Er ist nicht zeitlich, sondern bedarfsbezogen zu verstehen (vgl BSG vom 20.8.2009 âÂ [BÂ 14Â AS 45/08Â RÂ](#) â SozR 4â4200 [Â§Â 23 NrÂ 5 RdNrÂ 14Â f](#); BSG vom 19.9.2008 âÂ [BÂ 14Â AS 64/07Â RÂ](#) â [BSGE 101, 268](#) =Â SozR 4â4200 [Â§Â 23 NrÂ 2, RdNrÂ 19](#)). Gerade deshalb fÃ¼hrt aber allein der Zeitablauf und/oder das Hinzutreten weiterer UmstÃ¤nde, die fÃ¼r sich genommen keinen eigenstÃ¤ndigen Bedarf auf Erstaussstattung im dargestellten Sinne auslÃ¶sen, nicht zum Entstehen des Anspruchs.

Â

17

Nach Einbeziehung der einmaligen Beihilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in die Regelleistung geht der Gesetzgeber im Sinne einer typisierenden Betrachtung davon aus, dass alle wohnraumbezogenen Bedarfe, die nicht im Zusammenhang mit der spezifischen Situation der Erstaussstattung stehen, von der Regelleistung umfasst werden (vgl BSG vom 6.8.2014 âÂ [BÂ 4Â AS 57/13Â RÂ](#) -SozR 4â4200 [Â§Â 23 NrÂ 18 RdNrÂ 18](#); BSG vom 24.2.2011 âÂ [BÂ 14Â AS 75/10Â RÂ](#) â SozR 4â4200 [Â§Â 23 NrÂ 11 RdNrÂ 18](#); zur Ãbertragbarkeit der von den fÃ¼r das SGBÂ II zustÃ¤ndigen Senaten des BSG entwickelten GrundsÃ¤tze auf das SGBÂ XII vgl BSG vom 16.2.2022 âÂ [BÂ 8Â SO 14/20Â RÂ](#) â fÃ¼r SozRÂ 4 vorgesehen; BSG vom 20.12.2017 âÂ [BÂ 8Â SO 59/17Â B](#)). Bei vorÃ¼bergehenden Spitzen eines vom Regelbedarf umfassten Bedarfs kommt nur die GewÃ¤hrung eines Darlehens ([Â§Â 37 AbsÂ 1 SGBÂ XII](#)) in Betracht (vgl BSG vom 6.8.2014 âÂ [BÂ 4Â AS 57/13Â RÂ](#) â SozR 4â4200 [Â§Â 23 NrÂ 18 RdNrÂ 18](#) unter Hinweis auf BVerfGE vom 9.2.2010 âÂ [1Â BvL 1/09Â ua](#) â

[BVerfGE 125, 175](#) = SozR 444200 45 20 Nr 12, RdNr 207; vgl zur Darlehensgewährung nach [45 37 SGB XII](#) auch BSG vom 18.7.2019 44 8 SO 4/18 R 4 SozR 443500 45 54 Nr 19 RdNr 18), wie es hier im Widerspruchsbescheid von dem Beklagten angeboten worden ist.

4

18

Zu einer erweiternden Auslegung des [45 31 Abs 1 Nr 1 SGB XII](#), wonach die Kosten für die Anschaffung von langlebigen und deshalb typischerweise teuren Haushaltsgeräten (sog weiße Ware) auch dann als Zuschuss zahlen zu wären, wenn die Neuanschaffung verschleißbedingt notwendig wird, sieht sich der Senat nicht gedrängt. Weder an der Verfassungsmäßigkeit der Höhe der Regelleistung für sich genommen, die hier für das Jahr 2015 auf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 bzw im Zeitpunkt der Selbstbeschaffung der Waschmaschine im Frühjahr 2018 auf der EVS 2013 beruht, noch an der Verfassungsmäßigkeit des dargestellten Konzepts, eine ggf auftretende Unterdeckung wegen der Ersatzbeschaffung von Wohnungsausstattung einschließlich der Haushaltsgeräte (nur) durch die Gewährung eines Darlehens zu kompensieren, hat der Senat Zweifel (vgl zur Verfassungsmäßigkeit der Höhe, Bemessung und Fortschreibung [des Regelsatzes nach 2010 BVerfG vom 23.7.2014 44 1 BvL 10/12, 1 BvL 12/12, 1 BvR 1691/13 44 BVerfGE 137, 34](#) = SozR 444200 45 20 Nr 20; für die Jahre 2014, 2015 und 2016 vgl BSG vom 8.4.2019 44 8 SO 42/17 BH 4 RdNr 6 mwN; zur Fortschreibung der Regelsätze nach 2016 vgl BSG vom 24.1.2018 44 14 AS 374/17 B; BSG vom 1.9.2021 44 8 SO 24/21 BH).

4

19

In der Regelleistung ist ein pauschaler, den Durchschnittsbedarf in üblichen Bedarfssituationen widerspiegelnder (vgl BVerfG vom 9.2.2010 44 1 BvL 1/09, 3/09, 4/09 44 BVerfGE 125, 175, = SozR 444200 45 20 Nr 12, RdNr 204) Einzelbetrag für Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände enthalten (Abteilung 05 für Erwachsene; im Einzelnen Schwabe, ZfF 2015, 1 ff; ders, ZfF 2018, 1 ff). Die Ausgaben für Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspüler und Backmaschinen (EVS 2008 laufende Nummer 23, Code 0531 200, vgl BT Drucks 17/3404, S 56 bzw EVS 2013 laufende Nummer 24, Code 0531 200, BT Drucks 18/9984, S 39; vgl auch Statistisches Bundesamt Fachserie 15 Heft 7, 2013, EVS Haushaltsbuch, S 48 Rubrik N/09, abrufbar unter www.destatis.de) sind dabei zu 100 Prozent berücksichtigt worden. Gegen diese gesetzgeberische Konzeption, wonach Bedarfsmittel zur Bedarfsdeckung eigenverantwortlich ausgleichen und ansparen müssen, hat auch das BVerfG aus verfassungsrechtlicher Sicht ausdrücklich keine Einwände (BVerfG vom 23.7.2014 44 1 BvL 10/12, 1 BvL 12/12, 1 BvR 1691/13 44 BVerfGE 137, 34 = SozR 444200 45 20 Nr 20, RdNr 119; vgl auch BVerfG vom 9.2.2010

â 1 BvL 1/09 ua â BVerfGE 125, 175 = SozR 4â4200 Â§ 20 Nr 12, RdNr 205 am Ende).

Â

20

Soweit das BVerfG darauf hingewiesen hat, dass aus der statistischen Berechnung des Regelbedarfs in Orientierung an den auf der Grundlage einer Stichprobe berechneten Verbrauchsausgaben eines Teils der BevÃ¶lkerung die Gefahr folgen kÃ¶nnen, dass mit der Festsetzung der Gesamtsumme fÃ¼r den Regelbedarf die Kosten fÃ¼r einzelne bedarfsrelevante GÃ¼ter nicht durchgÃ¤ngig gedeckt seien (vgl dazu auch [BR-Drucks 559/03, SÃ 196](#) und [BT-Drucks 15/1514, SÃ 61](#) zu [Â§ 38 SGBÃ XII des Entwurfs, jetzt Â§ 37 SGBÃ XII](#)), und dem entweder der Gesetzgeber durch zusÃ¤tzliche AnsprÃ¼che auf ZuschÃ¼sse zur Sicherung des existenznotwendigen Bedarfs oder die Sozialgerichte durch die verfassungskonforme Auslegung anspruchsbegrenzender Normen begegnen kÃ¶nnen (BVerfG vom 23.7.2014 â 1Ã BvL 10/12, 1Ã BvL 12/12, 1Ã BvR 1691/13 â BVerfGE 137, 34 = SozR 4â4200 Â§ 20 Nr 20, RdNr 115 f, 120; zur Kritik vgl Borchert, SGB 2015, 657), folgt daraus vorliegend keine andere rechtliche WÃ¼rdigung. Die vom BVerfG in diesem Zusammenhang geÃ¤uÃerten Zweifel an der Darlehensregelung im SGBÃ II, die mit einer Reduzierung der existenzsichernden Leistung in HÃ¶he von zehn Prozent durch Aufrechnung der Darlehensschuld ab dem Folgemonat der Auszahlung verbunden ist (vgl dazu Schmidt-DeCaluwe in: *Deutscher Sozialgerichtstag, Sozialrecht Tradition und Zukunft 2013*, 39, 58 ff; Guttenberger, *NZS 2021*, 201, 205; *Conradis info also 2021*, 104, 107 f), sind auf das SGBÃ XII nicht Ã¼bertragbar; denn die dortigen Regelungen zur RÃ¼ckzahlung und ihren ModalitÃ¤ten sind so ausgestaltet, dass AuslegungsspielrÃ¤ume im Einzelfall bestehen, um HÃ¶rten abzufangen (vgl bereits BSG vom 18.7.2019 â BÃ 8Ã SO 4/18Ã RÃ â SozR 4â3500 Â§ 54 Nr 19 RdNr 18).

Â

21

Eine zuschussweise GewÃ¤hrung, wie sie die KlÃ¤gerin begehrt, kommt auf Grundlage von [Â§ 37 Abs 1 SGBÃ XII](#) zwar nicht in Betracht (vgl BSG vom 18.7.2019 â BÃ 8Ã SO 4/18Ã RÃ â SozR 4â3500 Â§ 54 Nr 19 RdNr 18). Liegen die Tatbestandsvoraussetzungen vor, hat der HilfebedÃ¼rftige in aller Regel einen Anspruch auf das Darlehen (âsollâ); eine Leistungsversagung kann nur in atypischen AusnahmefÃ¤llen erfolgen, die angesichts der Tatsache, dass der die darlehnsweise GewÃ¤hrung auslÃ¶sende Bedarf zum existenznotwendigen Bedarf gehÃ¶rt, kaum denkbar sind. Auch im Fall der KlÃ¤gerin war fÃ¼r eine solche Ausnahme nichts ersichtlich, wie der Beklagte zutreffend erkannt hat.

Â

Entscheidend für die vorzunehmende verfassungsrechtliche Gesamtschau ist aber, dass [§ 37 Abs 4 Satz 1 SGB XII](#) im Anschluss an die Darlehensgewährung keine zwingende Aufrechnung vorsieht, sondern die Rückzahlungsmodalitäten unter einen umfassenden Ermessensvorbehalt stellt. Sowohl die Frage, ob das Darlehen überhaupt zurückgezahlt werden muss, steht im pflichtgemässen Ermessen des Sozialhilfeträgers als auch die Frage, zu welchem Zeitpunkt eine Rückzahlung ggf durch Einbehalt von der laufenden Leistung zu beginnen hat, und schließlich auch die Frage, in welcher Höhe Teilbeträge zurückzuzahlen sind. Erfolgt ein Einbehalt von der laufenden Leistung, ist dieser auf fünf Prozent der Regelbedarfsstufe 1 – das sind derzeit 22 Euro 45 Cent monatlich – beschränkt, kann aber im Ermessensweg auch niedriger festzusetzen sein. Der Anspruch auf die Ausübung pflichtgemässen, dh alle individuellen Umstände des Einzelfalls erfassenden Ermessens ([§ 39 Abs 1 Sozialgesetzbuch Erstes Buch – Allgemeiner Teil](#)) ist gerichtlich voll überprüfbar. Damit bestehen die vom BVerfG geforderten Auslegungsspielräume für Härtefälle (vgl BVerfG vom 5.11.2019 – [1 BvL 7/16](#) – [BVerfGE 152, 68](#) = *SozR 4 – 4200 – § 31a Nr 3, RdNr 190*) und es wird auf gesetzlicher Grundlage ein am individuellen Existenzsicherungsbedarf ausgerichtetes und grundrechtliche Belange des Hilfebedürftigen berücksichtigendes Verwaltungshandeln sichergestellt.

Ä

Auch ein Anspruch auf Grundlage von [§ 42 Nr 1 iVm § 27a Abs 4 Satz 1 Alt 2 SGB XII](#) aF (abweichende Festlegung des individuellen Bedarfs im Einzelfall) kommt nicht in Betracht, da ein lediglich einmalig auftretender Bedarf nicht dem Anwendungsbereich dieser Norm unterfällt, die einen laufenden höheren Bedarf voraussetzt (vgl BSG vom 24.6.2021 – [B 7 A Y 5/20 R](#) – *RdNr 20, für SozR 4 vorgesehen* = *InfAuslR 2022, 19*).

Ä

Auch aus [§ 73 SGB XII](#) ergibt sich der geltend gemachte Anspruch nicht. Der Anwendungsbereich dieser Norm ist nicht eröffnet, da keine atypische Bedarfslage gegeben ist; denn bei den Kosten für die Waschmaschine handelt es sich um solche Kosten, die dem Regelbedarf zuzuordnen sind (vgl zur Abgrenzung der atypischen Bedarfslage des [§ 73 SGB XII](#) von den Regelbedarfen BSG vom 16.12.2010 – [B 8 A SO 7/09 R](#) – [BSGE 107, 169](#) = *SozR 4 – 3500 – § 28 Nr 6, RdNr 13 mwN; BSG vom 29.5.2019 – [B 8 A SO 8/17 R](#) – *SozR 4 – 4200 – § 24 Nr 8 RdNr 14*).*

Ä

25

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â 193 SGG](#).

Â

Erstellt am: 27.10.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024